

Bürgermeister Dr. Storch verweist auf vorliegende Anträge zum Haushalt von der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion. Die Anträge wurden als Tischvorlagen verteilt und sind noch einmal als **Anlagen 1 und 2** der Niederschrift beigelegt.

Der Kämmerer skizziert kurz das Verfahren in Bezug auf DSL. Sofern nach Vorliegen der neuen Zahlen noch Mehrkosten entstehen, würden sich diese nach heutigem Kenntnisstand tendenziell im sehr niedrigen fünfstelligen Bereich bewegen. In diesem Falle mache man einen Deckungsvorschlag aus dem dann beschlossenen Haushalt heraus. Dies würde dann im Wege einer überplanmäßigen Aufwendung abgewickelt. Hierdurch erübrige sich eine Änderung des Haushaltsentwurfes.

Herr Gräf teilt mit, dass ihm die positive Entwicklung in der DSL-Sache auch erst heute Abend bekanntgeworden sei. Unter Bezugnahme auf seinen zum Haushaltsentwurf gestellten Antrag erklärt er, dass hierdurch die Ziffern 3. und 4. obsolet geworden seien. Die übrigen Punkte begründet er nachfolgend.

In Bezug auf die Parkgebühren habe die FDP-Fraktion versucht, den Ball noch einmal aufzugreifen und einen Kompromissvorschlag vorzulegen. Im Vergleich zum Ursprungsvorschlag sei die Herabsetzung des Ansatzes um 20.000 Euro ein deutlicher Schritt. Bisher habe aber sonst niemand diesbezüglich reagiert. Sich, wie die CDU, nur auf 25.000 Euro zu beschränken, sei für die FDP aber kein adäquater Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Die Situation stelle sich aber nun anders dar als vor einem Jahr bei der ersten Prognose. Zwar seien die Steuereinnahmen verbessert, die Belastungen durch Transferleistungen, wie Umlagen, jedoch um ein Vielfaches höher. Die vorgeschlagenen Gebührensätze stellten keine Überforderung dar – auch im Vergleich mit anderen Kommunen. Man wolle den Antrag auch zur Abstimmung stellen.

Die Position „Bibliothek-online-Ausleihe“ finde sich auch im Investitionsprogramm wieder. Zunächst gehe es aber um die Schaffung der Voraussetzungen für die Online-Ausleihe für alle. Hiermit gemeint sei ein flächendeckender Internetzugang, um auch in geeigneter Weise die Medien herunterladen zu können. Außerdem sei das Angebot an digitalen Medien noch sehr gering. Daher wolle man diesen Ansatz heute herausnehmen.

Die Notwendigkeit der Werbemittel für „Mehr Breitband für Eitorf“ sehe man auch nicht. Daher solle man diese Mittel sperren, u.a. deshalb, um im DSL-Bereich Verfügungsmasse zu haben.

Herr Sonntag weist daraufhin, dass sich die Anträge von FDP und CDU zum Teil thematisch überschneiden. Er nimmt Stellung zu den drei von der FDP genannten Punkte.

Eine Reduzierung des Parkgebührenansatzes um 20.000 Euro trage die CDU mit. Somit korrigiere man den Ansatz aus 2011 von 70.000 Euro auf 50.000 Euro in 2012. Diese 50.000 Euro seien nach Meinung der CDU zu erreichen durch 25.000 Euro, die durch die Erneuerung der Parkautomaten generiert würden sowie die Bereitschaft, in dieser Größenordnung auch eine Parkgebührenanpassung mitzutragen. Insofern sei das Ziel erreichbar und die Kürzung um 20.000 Euro schlüssig. Eine Entscheidung über die Struktur der Parkgebühren wolle man aufgrund dieser Vorlage noch nicht treffen.. Man schlage den Weg über die Verwaltung mit Bewertung und Zusammenfassung nach Zonen (Stand bisher, Stand neu) und erneuter Vorlage im Rat bzw. Fachausschuss vor. Wichtig sei, dass einzelne innerörtliche Zonen stärker angehoben würden als andere Zonen. Zwar sei verständlich, dass man die innerörtlichen Plätze nicht zu lange blockieren wolle. Dementgegen stehe aber die Beplanung des Schulgassenareals. Dort siedle sich aller Voraussicht nach ein Einzelhandelsunternehmen an, das seinen Kunden kostenloses Parken ermögliche. Dies dürfe nicht zu Lasten der übrigen Geschäftsleute im Zentrum gehen. Ein besonderes Anheben der Parkgebühren im Zentralort sorge für eine Verschärfung des Wettbewerbes beim zentral gelegenen Einzelhandel. Dies wolle man keinesfalls. Nach alledem schlage man eine moderate, ggf. auch lineare Anhebung vor. Es spreche nichts gegen das Testen der Jahresvignette.

Bezüglich Online-Ausleihe Bibliothek fasst Herr Sonntag die laufenden Mittel und den investiven Bereich bei seinen Überlegungen zusammen. Diese Positionen wolle man ungerne streichen. Die Online-Ausleihe sorge für Erneuerung und Attraktivitätssteigerung. Der Bedarf werde den tatsächlichen technischen

Gegebenheiten angepasst. Außerdem würden nicht unerhebliche Fördermittel bereitgestellt, von denen unklar sei, ob sie noch im nächsten Jahr oder später abrufbar seien.

Auch die CDU halte die Mittel für eine Werbekampagne DSL für nicht nötig. Allerdings wolle man die Mittel nicht sperren, sondern an dieser Stelle streichen und statt dessen direkt dem DSL-Projekt zuordnen.

Der Bürgermeister fasst den Wortbeitrag von Herrn Sonntag zusammen. Dieser rege an, über den Antrag 1 der FDP – Parkgebühren heute nicht abzustimmen, sondern erst nach entsprechenden Modellrechnungen erneut vorgelegt wird. Herr Sonntag ergänzt, dass man einer „Reduzierung“ des Ansatzes heute zustimmen könne. Auf Frage des Bürgermeisters erklärt Herr Sonntag, dass hiermit der erste Teil im FDP-Antrag zu den Parkgebühren gemeint sei.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass seine Fraktion beim Durchrechnen zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sei. Für die Entscheidungsfindung wäre eine Vorlage der Verwaltung mit entsprechendem Zahlenmaterial sehr hilfreich.

Zur Online-Ausleihe verweist Herr Dr. Peeters auch auf die langsame DSL-Verbindung. Auch wenn die Landesmittel ggf. nicht mehr gezahlt würden, mache es doch eher Sinn, zunächst für eine ausreichende Breitbandanbindung zu sorgen.

Auch die SPD-Fraktion, so Herr Dr. Peeters weiter, halte den Ansatz für die Werbekampagne für entbehrlich. Diesen könne man sperren.

Herr Scholz fragt, ob es zulässig sei, immer wieder Anträge zu einer Sache zu stellen, die dann jeweils auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Bürgermeister erklärt, das heute primär nicht die Parkgebühren auf der Tagesordnung stehen, sondern der Haushalt. Dieser beinhalte allerdings den Ansatz Parkgebühren. Insofern sei dies auch heute zu beraten.

Herr Wahl verweist ergänzend auf die Geschäftsordnung. Demnach spreche nichts dagegen, Anträge zur Sache zu stellen und diese zur Abstimmung stellen zu lassen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass Anträge von Fraktionen oder einem Fünftel der Ratsmitglieder auf die Tagesordnung aufzunehmen sind, wenn sie dies ausdrücklich verlangen.

Weiter erklärt Herr Scholz, dass man die Parkgebühren in der vorgesehenen Höhe ablehne. Außerdem vermisse er eine schriftliche Darstellung, wie sich die Struktur darstelle.

Bezüglich der Online-Ausleihe plädiert Herr Scholz für die Inanspruchnahme der Fördermittel und die Realisierung der Online-Ausleihe. Schließlich sei man in Eitorf ja nicht „DSL-blind“.

Die Mittel für die Werbekampagne solle man nach Meinung nicht nur sperren, sondern ganz streichen.

Herr Strack geht noch einmal kurz auf die Entwicklung in Sachen Parkgebühren sein. Die im Haushalt vorgesehenen Ansätze resultierten ja aus einem Ausschussbeschluss, für den es ursprünglich eine Mehrheit gegeben habe. Von dauerdefizitären Kommunen werde die Aufstellung eines Konsolidierungsplanes gefordert – so auch in Eitorf. Hieraus seien im letzten Jahr insgesamt 25.000 Euro an Parkgebühren in die Konsolidierungslisten 1 und 2 eingeflossen. Dies sei das Minimum plus eine Summe X. Ein Abweichen vom Konsolidierungsplan gefährde die Genehmigung des Haushaltes.

Der Bürgermeister fasst noch einmal kurz den bisherigen Beratungsverlauf zusammen. Wie er es verstanden habe, signalisiere die CDU Zustimmung, den bisherigen Ansatz von 70.000 Euro um 20.000 Euro zu verringern. Hierbei stelle sich die Frage, wie die verbleibenden 50.000 Euro zu erreichen sind. Herr Sonntag habe angenommen, dass sich 25.000 Euro aus der Neubeschaffung der Parkautomaten generieren ließen. Diese Zahl sei aber mit einem Risiko behaftet. Dies sei eine grobe Schätzung gewesen, von der niemand wisse, ob sich dies in der Realität so einstelle. Ab 2012 sei dies ohnehin nicht mehr zu erreichen, da die Aufstellung der neuen Automaten noch ausstehe. Um den genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, sollte man mit „fundierte“ 50.000 Euro rechnen. Die Gestaltung der Parkgebührenordnung müsse so erfolgen, dass ein gewisser Sicherheitspuffer gewährleistet sei. Die offensichtlich konsensfähige Zielgröße von 50.000 Euro müsse erreicht werden.

Herr Meeser erklärt für die BfE-Fraktion, dass man die Erhöhung der Parkgebühren ablehne, wobei man jedoch der Neubeschaffung der Parkautomaten zustimme. Auch sei man nicht für eine Reduzierung des Ansatzes bei der Online-Ausleihe.

Der Sperrung der Kosten für die Werbekampagne stimme man zu. Hinsichtlich der Kosten für die Sanierung der Friedhofswege fragt Herr Meeser, wie wichtig diese Maßnahme sei und ob sie noch geschoben werden könne.

Herr Sterzenbach verweist auf eine entsprechende Vorlage an den Fachausschuss und erklärt, dass der Zustand desolat sei. Die Entwässerung sei defekt und es gebe starke Ausspülungen auf den Wegen. Zwar könne man die Maßnahme schieben, der Zustand verschlechtere sich damit aber weiter. Beschwerden der Friedhofsnutzer mehren sich. Dem Grunde nach dürfe er als Baudezernent ein marodes Entwässerungssystem auf den Friedhofswegen gar nicht mehr dulden.

Herr Strack ergänzt, dass ein Schieben der Maßnahme rechtlich möglich sei. Aufgrund des Maßnahmebeschlusses des Rates sei inzwischen ein Auftrag an den Planer in Höhe von rund 20.000 Euro erteilt worden.

Herr Kolf erinnert an die Situation in Merten, die man glücklicherweise habe abstellen können. Beim Eitorfer Friedhof stelle sich dies anders dar.

Herr Gräf geht auf die Ansatzreduzierung Parkgebühren ein und mahnt, nicht mit fiktiven Zahlen zu arbeiten. Außerdem würde nun Echtzeitparken eingeführt, was in der Regel wiederum mit Einnahmeverlusten einhergehe.

Zum Ansatz Online-Ausleihe macht er deutlich, dass die FDP nicht dagegen sei, allerdings noch nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Außerdem handele es sich zunächst um ein Pilotprojekt und bringe laufende Kosten mit sich.

Herr Zielinski macht noch einmal deutlich, dass die SPD heute im Prinzip nicht über Parkgebühren diskutieren und auch nicht darüber abstimmen wolle. Mit der Konsolidierungsliste sei ja einer Erhöhung von 25.000 Euro zugestimmt worden. Welche Summe X darüber hinaus benötigt würde, lasse sich erst nach Vorlage entsprechender Zahlen bewerten.

Der Bürgermeister erklärt, dass er das Gesamtvolumen bei 50.000 Euro sehe. Dieses setze sich zusammen aus einer erhofften Verbesserung durch die Neuanschaffung der Parkautomaten plus einer modearten Anhebung der Parkgebühren. In diesem Sinne werde man eine Berechnung vorlegen.

Die Herren Sonntag und Zielinski erklären, dass der Bürgermeister „interpretiere“.

Herr Zielinski fügt hinzu, dass er Herrn Strack so nicht verstanden habe. Die Konsolidierungslisten hätten keinen anderen Vorschlag enthalten, als die 25.000 Euro. Zur Online-Ausleihe erklärt er, dass er gegen die Einführung technischer Neuerungen sei, ohne dass ein Konzept vorliege. So würde ihn beispielsweise interessieren, welche Lizenzen für welche Art von Informationen dort abrufbar seien. Eine aktuelle Studie belege zudem, dass das Interesse an Online-Ausleihe wieder zurückgegangen sei.

Herr Sonntag nimmt Bezug auf den CDU- Antrag zum Haushalt und skizziert zunächst die Situation hinsichtlich des DSL-Projektes bis unmittelbar vor der heutigen Sitzung. Im Anschluss begründet er den daraufhin formulierten Antrag und stellt diesen inhaltlich noch einmal vor. Mit den im Antrag formulierten „Umschichtungen“ hätte man ein weiteres sog. Cluster fördern können. Unter Bezugnahme auf die eingangs der Sitzung vom Bürgermeister vorgetragene Gründe habe sich nunmehr aber eine völlig neue Situation ergeben, die es nun zu bewerten gelte. Es lasse sich aber auch nicht einschätzen, ob das aktuelle Zahlenmaterial stabil bleibe. Auch nach diesen aktuellen Gegebenheiten halte die CDU am Antrag fest. Bevor man die im Antrag genannten Beträge streiche oder sperre, sollte man diese stattdessen auf den DSL-Haushaltsansatz nehmen. So schaffe man sich ein zusätzliches Sicherheitspolster. Würden die Mittel nicht benötigt, hätte man sie eben übrig.

Der Bürgermeister erklärt, dass demnach Punkt 1 des Antrages aufrechterhalten bleibt und Punkt 2 für heute keine Relevanz hat.

Herr Strack verweist auf den Kostenanteil in Höhe von 10.000 Euro für Beratungsleistungen des Unternehmens, dass der Gemeinde Eitorf in der Sache Hilfestellung leiste. Im bisher dargelegten Gesamtkostenanteil von 180.000 Euro sei dieser Betrag enthalten.

Herr Zielinski bittet, künftig etwas sorgfältiger damit umzugehen, „welchen Beratern welche Gutachten“ in Auftrag gegeben würden. Diesbezüglich verweist er auf die Unwägbarkeiten bei den ermittelten Summen.

Der Bürgermeister verweist auf die profunde Marktkenntnis der Berater. Hierdurch sei es der Gemeinde überhaupt erst gelungen, so weit zu kommen. Außerdem habe es erheblichen Zeitdruck gegeben. Man befinde sich im öffentlichen Sitzungsteil. Gleichwohl mag es durchaus Fehler in der Kommunikation zwischen Gemeinde und Unternehmen gegeben haben. Im Gespräch am vergangenen Freitag hätten jedoch die Dinge klargestellt und der „scheinbare“ Anstieg der Kosten relativiert werden können. Er könne gerne im nichtöffentlichen Sitzungsteil noch eine Anmerkung hierzu machen.

Herr Gräf geht auf den CDU-Antrag im Hinblick auf die Mittel für das Stadtmarketing-Konzept ein. Es seien bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet worden. Fasse der Fachausschuss einen Beschluss, müsse man auch die Mittel bereitstellen. Ggf. würden die Mittel nicht in Gänze in 2012 aufgebraucht. So könne man hiervon eventuell auch 10.000 Euro sperren. Die Aufstockung der DSL-Mittel, die offensichtlich nicht benötigt würden, mache doch keinen Sinn.

Herr Sonntag verweist auf die im Vorbericht zum Haushalt genannten Orientierungsdaten für die Jahre 2012 bis 2015. Er möchte wissen, ob hierbei bereits der Schnellbrief vom 22.12.2011 mit den neuesten Orientierungsdaten berücksichtigt ist. Er habe Zweifel, weil bei den Zuweisungen des Landes für die genannten Jahre keine prozentualen Ansätze ausgewiesen seien, die allerdings bei den Orientierungsdaten genannt seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Berechnungen in der Haushaltsplanung für zukünftige Jahre haben die sogenannten „Orientierungsdaten“ zu berücksichtigen. Für die künftige Entwicklung von zum Beispiel Steuererträgen gibt das Land erwartete Steigerungsraten heraus (Orientierungsdaten). Der entsprechende Erlass des Landes Nordrhein-Westfalen für den Haushalt 2012 datiert vom 9. September 2011 und ist auf der Seite 13 des Vorberichtes auch abgedruckt. Mit den darin enthaltenen Daten wurden die Planungszahlen der Jahre 2012 bis 2015 der Gemeinde Eitorf berechnet; soweit keine konkreten faktischen Daten vorlagen. Dies betraf aber zum Beispiel die Höhe der Schlüsselzuweisungen für 2012, deren Höhe sich aus der vorliegenden „ersten Proberechnung“ ergab.

Für die Jahre 2013 bis 2015 gab es seitens des Landes für die Schlüsselzuweisungen in den o.a. Orientierungsdaten keine Angaben. Das führte dazu, dass alle Kommunen die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen bis 2015 selber schätzen mussten. Diese Schätzung erfolgte in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht. Nach Einbringung des Haushaltes der Gemeinde Eitorf, gab das Land NRW am 22. Dezember 2011 dann die fehlenden Daten heraus, die damit nicht im Entwurf des Haushaltes 2012 enthalten sein konnten. Es ergibt sich nun folgende Situation:

	2013	2014	2015
<i>In Abstimmung mit Kommunalaufsicht angewendete Steigerungsdaten für Schlüsselzuweisungen</i>	+ 4,5 %	+ 3,3 %	+ 3,3 %
<i>Neue Orientierungsdaten für Schlüsselzuweisungen vom 22.12.2011</i>	+ 3,9 %	+ 4,5 %	+ 3,7 %

Die geänderten Daten führen zu planerischen Abweichungen bei den Planungsansätzen 2013 bis 2015 bei den Schlüsselzuweisungen und bei der Kreisumlage. Änderungen im Jahr 2012 ergeben sich aufgrund der bereits feststehenden Daten (s.o.) nicht:

	2013	2014	2015
<i>Auswirkung auf Schlüsselzuweisung</i>	-114.550	+119.597	+206.384
<i>Auswirkung auf Kreisumlage</i>	-74.881	+77.080	+131.942
<i>Kumulierte Auswirkung auf Ergebnisplan</i>	-39.669	+42.517	+74.442

Während sich die Haushaltslage in 2013 damit planerisch um fast 40.000 Euro verschlechtert, verbessert sich das Defizit der Planungsjahre 2014 und 2015 um die o.a. Beträge. Bei einer Überarbeitung des Haushaltsentwurfs 2012 würden diese Änderungen berücksichtigt. Änderungen am rechtlichen Status des Haushaltsentwurfs der Gemeinde Eitorf ergeben sich hierdurch nicht. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass sich der Abstand zur „5%-Hürde“ (siehe Seite 23 des Vorberichtes zum Haushalt 2012) in 2013 von derzeit 80.212,56 Euro auf dann 40.543,56 Euro verringert.

Hinsichtlich der Unwägbarkeiten bei DSL und den Parkgebühren hält es Herr Scholz nicht für zielführend, heute über die Anträge abzustimmen.

Der Bürgermeister fasst die gestellten Anträge zusammen. In Bezug auf den CDU-Antrag bezüglich der Mittel für die Werbekampagne DSL wird festgestellt, dass dieser weitergehend ist, als der FDP-Antrag. Die FDP hatte Sperrung beantragt, die CDU Streichung.

Hinsichtlich der Parkgebühren macht Herr Gräf deutlich, dass es heute ausreicht, die Höhe des Haushaltsansatzes festzulegen und den Beschluss über die Struktur der Parkgebühren nach Vorlage neuer Zahlen später vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund ruft der Bürgermeister in der Folge die einzelnen Antragsgegenstände zur Abstimmung auf.